

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

256 (1.11.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus in Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. A. IX. 3400.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 256

Donnerstag, den 1. November 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Französische Blätter bringen Nachrichten über merkwürdige militärische Vorbereitungen, die gegen die Saar gerichtet sind. Sie sind als unrechtmäßiger Beeinflussungsversuch der Saarabstimmung aufs Schärfste zu verurteilen.

Ein Erlass des Reichserziehungsministers legt an die Stelle des Elternbeitrags an den öffentlichen Schulen die Schulgemeinde.

Der Führer und Reichsstatler beauftragte am Mittwoch die Bauten und Vorbereitungen für die Olympiade auf dem künftigen Reichssportplatz.

Demnächst wird das preußische Kultusministerium in des Reichserziehungsministerium eingegliedert; beide sind bisher schon durch Personalunion verbunden.

Befähigung der Olympiabauten

durch den Führer und Reichsstatler

Berlin, 31. Okt. Der Führer und Reichsstatler unterzog am Mittwoch in Begleitung des für die Betreuung des deutschen Sportes zuständigen Reichsministers des Innern, Dr. Frick, sämtliche Olympia-Bauvorhaben auf dem künftigen Reichssportplatz im Grunewald einer mehr als zweistündigen Besichtigung an der auch Reichsminister Dr. Frick teilnahm. Der Führer wurde am Eingang des Sportforums durch den Vorsitzenden des Bauausschusses der Olympiade, Staatssekretär Pfundner, und den Reichssportführer von Tschammer und Osten empfangen und in den Zeichen- und Modellsaal geleitet, wo sich der Präsident des Organisationskomitees der Olympiade, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, der mit der bautechnischen Gestaltung betraute Architekt Marich und der Leiter des Neubauamtes Stadion, Oberbaurat Spohholz, eingefunden hatten.

Staatssekretär Pfundner begrüßte den Führer und dankte ihm für das besondere Interesse, das er der Vorbereitung der Olympiade und damit auch der deutschen Leibesübungen entgegenbringe. Der erneuten Befähigung des Baugeländes durch den Führer komme gerade im jetzigen Zeitpunkt ausschlaggebende Bedeutung zu, da wichtigste Fragen, insbesondere künstlerischer Art, im Bauprogramm zur Entscheidung länden.

Architekt Marich erläuterte an Hand der Pläne und Modelle sowohl die Gesamtplanung, wie auch die fertigen Pläne der einzelnen Bauten. Der Führer äußerte sich zum Inhalt der städtebaulichen, verkehrstechnischen und gartenbaulichen Fragen gefundenen Lösungen und billigte auch die für die einzelnen Bauten ihm vorgelegten Pläne grundsätzlich.

Bei der sich anschließenden Begehung des Reichssportplatzes beauftragte der Führer zunächst die Bauteile der Reichsarena für Leibesübungen, besonders die fertigen Rohbauten des Schwimmhallen- und Turnhallengebäudes und das bereits in den Grundmauern begonnene Haus des deutschen Sports.

Sodann begab sich der Führer zur riesigen Baustelle der Deutschen Kampfbahn und dem dort in natürlicher Größe errichteten, 15 Meter hohen Fiellmodell des Arena-Gebäudes, von dessen oberer Plattform er ein eindrucksvolles Bild des gesamten Baugeländes und seiner landschaftlichen Umgebung gewann. Der Führer gab wichtige Hinweise für die Gestaltung der Bauten und für die Auswahl des bei ihnen zu verwendenden Werksteins, wobei er seiner Befriedigung über die Wiederbelebung der Wersteinindustrie Ausdruck verlieh.

Das besondere Interesse des Führers fanden auch die großen Erdbebungen auf dem für die Massenübungen bestimmten Ausmarschgelände und in der Eckhart-Freilichtbühne, die vielen Hunderten von Arbeitern langfristige Beschäftigung geben. Die reizvolle Lage der Freilichtbühne in der Murellenschlucht wurde vom Führer als für eine Großtat wohl einzigartig hervorgehoben.

Mit Befriedigung nahm der Führer schließlich Kenntnis von den Plänen für die Aus schmückung des Reichssportplatzes mit Werken der bildenden Kunst, wobei er die Notwendigkeit einer dauernden Ehrung aller deutschen Sieger in künftigen Olympiadien in den Vordergrund stellte.

Ehrentag der deutschen Arbeitssopfer

Berlin, 31. Okt. Im November werden, wie das Ndz. meldet, im ganzen Reich gewaltige Massenübungen der Arbeitssopfer stattfinden, um das ganze Volk aufzurufen zum Ehrentag der deutschen Arbeitssopfer. In 27 großen Kundgebungen werden vom 10. November an täglich die Arbeitssopfer in den größten Städten aufmarschieren. In allen Gauen wird ein Tag nur den Arbeitssopfern gehören und werden alle deutschen Volksgenossen den Arbeitssopfern eine einmütige Ehrenbezeugung abgeben. Die Arbeitssopfer werden an diesem Tage ihrem Führer Adolf Hitler erneuert die Treue geloben und ihm danken, daß er ihnen den Flag wieder gegeben hat, der ihnen zuteil. Die Aktion beginnt am 10. November mit einer gewaltigen Kundgebung in Berlin. Die 27 Massenversammlungen in den großen Städten werden dann der Ausrottung zu weiteren 5000 Kundgebungen in den folgenden drei Wochen bilden.

Alfred Rosenberg vor den ausländischen Studierenden

DNB, Berlin, 31. Okt. Die Deutsche Studentenschaft veranstaltete am Mittwoch zu Ehren der anlässlich der Jahrtausendfeier für den persischen Nationaldichter Firdosi in Berlin weilenden zahlreichen ausländischen Studierenden einen Empfangsabend, in dessen Mittelpunkt eine Ansprache des Reichsleiters Alfred Rosenberg stand.

Ich freue mich, so führte Alfred Rosenberg u. a. aus, Sie in Berlin namens der nationalsozialistischen Bewegung begrüßen zu können, umso mehr, als ich weiß, daß über diese Bewegung und ihre Gedanken sehr verschiedene Vorstellungen in der Welt bestehen. Wir begreifen ohne weiteres, daß jede große Revolution im gesamten Ausland, das ein ähnliches Schicksal nicht erlebt hat, betrendend erscheinen muß. Wir wissen, daß Jahre vergehen werden, ehe dieses Ausland das wirkliche Wesen der nationalsozialistischen Anschauung begreifen und, so hoffe ich, auch wirklich würdigen wird.

Wir wissen, daß namentlich ein Begriff im Auslande vielfach mißdeutet wird, und das ist die Auffassung der nationalsozialistischen Idee. Man erklärt vielfach, der Nationalsozialismus sei eine unbedingte Uebersteigerung aller sonst berechtigten nationalen Gefühle und er predige in seiner Weltanschauung die Vernichtung und Vergewaltigung der übrigen Rassen und Nationen. Interessant ist dabei, daß diese Vorwürfe oft gerade von einer Seite kommt, die seit Jahrzehnten die nationale Idee vergiftet und mißbraucht hat. Ein besonderes Kennzeichen des technischen und wirtschaftlichen 19. Jahrhunderts war es, daß vielfach der nationale Gehalte ausgeleitet wurde mit wirtschaftspolitischen Ausbeutung, und nicht selten konnten wir es erleben, daß Geschäftsinteressen großer Trusts und Konzerne gleichgesetzt wurden mit Nationalgefühl und mit nationaler Notwendigkeit. Diese wirtschaftliche Expansion, verknüpft mit dem nationalen Gedanken, brachte aus Europa nicht

immer die besten Kulturträger in die Welt, und gerade jene wirtschaftlichen liberalistischen Kreise, die dem Nationalsozialismus den obengenannten Vorwurf machen, sind es gewesen, die den nationalen Gedanken zur weltwirtschaftlichen Durchdringung verwandten und damit gemeinsam oft fremdes, hochstehendes Volkstum zerlegten, zugleich aber auch die Sicherheit des nationalen Empfindens zu Hause selbst ins Wanken brachten. Wenn der Nationalsozialismus — aus glühender Volkstumsliebe geboren — die Widerstände in Deutschland zerschmolzen hat, so nur deshalb, weil er sich nicht nur vom fremden Internationalismus jeglicher Art getrennt hatte, sondern weil er auch das Volkstumsgefühl selbst säuberte von allen Profitinteressen irgendetweller bis dahin allmächtiger wirtschaftspolitischen Gruppen.

Ich glaube feststellen zu können, daß ein ähnliches, wenn auch in den Formen ganz verschiedenes Erwachen der Volkstrüme in anderen Ländern stattfindet. Und hier ist es gerade das Entscheidende bei der nationalsozialistischen Lehre, daß, indem sie das völkische Erwachen in Deutschland darstellt und durchführt, zu gleicher Zeit auch jene Achtung vor anderen Völkern bekennt, die nicht Objekte des privaten Egoismus geworden waren. Aus diesem Grunde lehnt die nationalsozialistische Bewegung eine sogenannte Kulturpropaganda zwecks Verbreitung seiner Anschauung in fremden Ländern ab, genau so wie sie danach trachtet, das deutsche Leben von einem geistigen Import aus fremden Ländern und Traditionen freizumachen. Die Zusammenarbeit der Nationen, gegründet auf eigenem Stolz und auf die eigene Achtung vor den anderen völkischen Lebensgestalten, wird auch die Möglichkeit für eine wirkliche Befriedung schaffen, an der zu arbeiten unser aller Aufgabe ist.

Die Ansprache des Reichsleiters Alfred Rosenberg wurde mit großem Beifall aufgenommen und in englischer und französischer Sprache wiederholt.

Frankreichs Anschlag auf die Saar

Vorbereitungen Frankreichs für die Saarabstimmung

Paris, 31. Okt. Wie dem „Matin“ aus Nancy gemeldet wird, sollen die französischen Militärbehörden alle Vorkehrungen zur sofortigen Durchführung eines „Abwehrplans“ getroffen haben, für den Fall, daß Deutschland einen Handreich auf das Saargebiet unternimmt, der französischen Gebiet bedrohen könnte. Neuere Nachrichten weisen auf die Möglichkeit eines Handreichens der SA auf das Saargebiet unmittelbar nach dem Tage der Volksabstimmung am 13. Januar hin, durch den der Völkerbund vor eine vollendete Tatsache gestellt werden könnte. In einer Eingabe der „Saar-Wirtschaftsvereinigung“ an den Völkerbund wurde erklärt, daß auf Grund „vertraulicher Nachrichten“ aus „gläubwürdiger Quelle“ mit der Möglichkeit eines deutschen Einalles in das Saargebiet ernstlich gerechnet werden müsse. Die Verbreitung dieser Nachricht habe natürlich in den französischen Grenzbezirken wie auch in Paris und im übrigen Frankreich eine gewisse Beunruhigung ausgelöst. Man könne, so heißt es in dem Telegramm des „Matin“, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Frankreichs sagen, ohne zu befürchten, demontiert zu werden, daß die Heresleitung Frankreichs die Gelegenheit nicht verzieht hat, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Einzelne werde die Ausbildung von Truppen für ihren Truppenteilen eingetroffenen Rekruten in Elsaß-Vorbringen in diesem Jahre besonders eifrig betrieben, andererseits seien sowohl bei den Stäben der Armee als auch bei dem 20. Armeeoberkommando von Nancy alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen.

London, 31. Okt. „Times“ meldet: Die französische Regierung hat dem General, der die Truppen an der Saar anzu führen befehligt, Weisungen erteilt, die sich auf den Fall beziehen, daß der Präsident der Saar-Regierungskommission, Dr. Knoz, um Beistand ersucht. Zur Zeit der Räumung des Rheinlandes wurden die französischen Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen. Der Präsident der Regierungskommission hat das Recht sich im Falle der Gefahr an Truppen außerhalb des Gebietes zu wenden. Die französische Regierung hat jetzt die notwendigen Weisungen gegeben, um es Mister Knoz zu ermöglichen, binnen weniger Stunden eine ausreichende Streitmacht zur Verfügung zu haben, falls er sie benötigt, und zwar unter der Voraussetzung, daß eine solche Aktion nicht als eine Erneuerung der Besetzung des Gebietes anzusehen ist.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, eine Meldung aus Nancy belege, daß der Stab des dort stehenden 20. Korps und des in Metz stationierten 6. Korps Weisungen darüber erhalten habe, wie sie im Falle eines nationalsozialistischen Putsch im Saargebiet handeln sollen.

Vorstehende übereinstimmende Meldungen sind geeignet, in allen deutschen und ausländischen Kreisen größtes Aufsehen und Beunruhigung herbeizuführen. Denn derartige militärische Vorbereitungen können jedem Vorwande dienen, um

einen Gewaltakt durchzuführen. Schon die Drohung allein mit einer derartigen Aktion ist als unrechtmäßiger Beeinflussungsversuch der bevorstehenden Abstimmung zu verurteilen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk wünschen nichts anderes als die vertraglich zugesicherte Durchführung der Abstimmung und im Anschluß an diese eine ausschließlich den Wünschen der abstimmungsberechtigten Bevölkerung entsprechende Lösung der Saarfrage. Es widerspricht dem Vertrag und dem Geist jeder Volksabstimmung, wenn eine an der Abstimmung beteiligte Macht von Seiten des Treuhänders — des Völkerbundes oder seiner Organe — mit einer militärischen Aktion im Saargebiet betraut würde. Ein solches Vorgehen könnte nur als ein „Handreich“ bezeichnet werden, da keine Instanz eine derartige rechtswidrige Maßnahme legitimieren könnte.

Eine Warnung an Frankreich

DNB, Berlin, 31. Okt. Unter der Ueberschrift „Spiel mit dem Feuer“ schreibt die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“ u. a.: Wenn die These des englischen Staatsmannes Baldwin richtig ist, daß die englischen Interessen am Rhein zu verteidigen sind, dann fragt man sich, wo für England die Grenzen sind, innerhalb deren es eine Bedrohung des europäischen Friedens nicht dulden würde. Diese Frage stellt sich von selbst bei den Nachrichten, die über französische Truppenzusammenziehungen an den Grenzen des Saargebietes heute übereinstimmend in den englischen und französischen Blättern gemeldet werden. Darüber hinaus soll Frankreich die englische Zustimmung zu einem Einmarsch französischer Truppen ins Saargebiet erbeten haben, falls die Regierungskommission des Saargebietes einen derartigen Wunsch ausdrückt. Offenbar steht diese diplomatische und militärische Aktion Frankreichs im engen Zusammenhang mit den Ideen, die der französische Außenminister Barthou in seiner Genfer Rede vom 27. September in noch unklarer, aber bedenklichen Wendungen angekündigt hatte. Eine Befehung des Saargebietes durch französische Truppen, unter welchem Vorwande auch immer, wäre eine Herausforderung nicht nur Deutschlands und eine Vergewaltigung eines Abstimmungsgebietes, das unter der Treuhänderschaft des Völkerbundes steht. Die Disziplin der Saarbevölkerung hat sich, trotz aller Provokationen von Seiten der ihr Anstößt mißbrauchenden Emigranten, bewahrt und es ist für sie eine neue kränkende Zumutung, daß sie unter die Kontrolle einer militärischen Macht gestellt werden soll, deren einseitige Sympathien für niemand zweifelhaft sein können. Schon das Spiel mit dem Gedanken einer derartigen Aktion sollte daher von der gesamten Weltöffentlichkeit auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Die Verantwortung für diese äußerste Befehlshandlung, die nur dazu geeignet ist, Europa in die Zeiten und Spannungen des Ruhrkampfes zurückzuwerfen, muß auf diejenigen zurückfallen, die sie dulden.

Weitere Berliner Pressestimmen zu den französischen Gewaltandrohungen an der Saar.

Die Berliner Pressestimmen zu den französischen Gewaltandrohungen an der Saar. Zu den Pariser und Londoner Meldungen über französische militärische Vorkehrungen zur sofortigen Durchführung eines Abwehrplanes für den Fall, daß Deutschland einen Handstreich auf das Saargebiet unternehme, der französische Gebiet bedrohen könnte, nehmen heute noch mehrere Morgenblätter Stellung. Im „W.“ heißt es u. a., die von Paris aus in die Presse gehobenen Meldungen zeigten, wie man mit zwei verschiedenen Lügen das gleiche Geschäft betriebe. Nach der einen Variation sollte Deutschland einen Handstreich planen, der „französisches Gebiet bedrohen“ könnte und gegen den also Vorbereitungen getroffen werden müßten, und nach der anderen solle Herr Knor vor der schrecklichen Gefahr stehen, daß sich nationalsozialistische Organisationen „auf rührerisch“ betätigen. — Die „Germania“ schreibt: Unruhigen und Wirren wollen nur diejenigen in das Saargebiet hineinbringen, die ein Interesse daran haben, das Recht in ein Unrecht zu verkehren, und diese Elemente stehen im Lager und im Solde Frankreichs.

Ungeheuerliches Urteil des Meher Appellationsgerichtes gegen Saarländer

Empörung im Saargebiet.

Die Saarbrücken, 31. Okt. Vor dem Meher Appellationsgericht wurde heute in dem sog. Köchling-Spionageprozeß das Urteil gefällt. Danach erhält der kriegsblinde Leiter der Köchling'schen Betriebspolizei, Rathke, 2 1/2 Jahre, Frischmann 3 Jahre, Baltes 2 1/2 Jahre, Lichtenburger 2 1/2 Jahre und Rupp 5 Jahre Gefängnis. Die beiden letzteren wurden in Abwesenheit verurteilt. Außerdem wurde auf Geldstrafe bis zu 1000 Franken und 10-20 Jahre Landesverweisung erkannt.

Dieses ungeheuerliche Urteil hat im ganzen Saargebiet lebhafteste Empörung hervorgerufen. Noch steht allerwärts in Erinnerung, wie es überhaupt zuwegelam, daß Rathke auf französischem Boden festgenommen wurde. Durch ein fingiertes Telegramm hatte die französische politische Polizei Herrn Rathke aus dem Saargebiet nach einem lothringischen Grenzort gelockt, wo er sofort mit einem Begleiter wegen angeblicher Spionage verhaftet wurde. Der erhobene Verdacht wurde durch die Verhandlungen vor dem Meher Gericht in keiner Weise erwiesen, da sich der Angeklagte überhaupt nie mit Spionage beschäftigt hatte. Allerdings unterhält die Firma Köchling in Wöflingen ein politisches Büro, das sich mit den den Saarkampf betreffenden Fragen beschäftigt. Dieses Büro und ebensowenig der jetzt verurteilte kriegsblinde Rathke haben jedoch nie etwas mit Spionage zu tun gehabt. Den französischen Stellen kam es offenbar lediglich darauf an, unter Unterstellung falscher Angaben ein Exempel zu statuieren, das an die schlimmsten Zeiten französischer Kriegsgerichte erinnert. Nach dieser willkürlichen Machtauffassung könnte also in Zukunft kein Saardeutscher mehr ungefährdet französischen Boden betreten, da in der einen oder anderen Richtung sich unvermeidlich jeder Saarländer in dem augenblicklichen Stadium der Abstimmungs-vorbereitungen für den Abstimmungstempel einsetzt.

Die Verurteilung Rathkes läuft überdies auf einen glatten Bruch des sog. Garantieabkommens vom Juni ds. Js. hinaus. In diesem haben sich in Genf die Regierungen Frankreichs und Deutschlands feierlich verpflichtet, sich jeder strafrechtlichen Verfolgung eines abstimmungsberechtigten Saarländers wegen der von ihm eingenommenen politischen Betätigung während der Abstimmungstätigkeit zu enthalten. Das vorliegende französische Urteil ist geradezu eine Verhöhnung dieser feierlich eingegangenen Verpflichtung. Bis jetzt hatte die Regierungskommission des Saargebietes noch nichts unternommen. Man mag ihr vielleicht zugute halten, daß sie bisher nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen wollte. Jetzt, nach der Urteilsverkündung, muß jedoch von ihr erwartet werden, daß sie gegen dieses Urteil, das Saarländische einzig und allein wegen ihrer vaterländischen Haltung im Saarkampf zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, aufgrund des Genfer Abkommens Einspruch erhebt.

1,5 Milliarden Fehlbetrag im französischen Etat 1934

Die Paris, 31. Okt. Der Finanzausschuß der Kammer hat am Mittwochabend die Durchberatung des Staatshaushaltsplans für 1935 zum Abschluß gebracht. Die Einnahmen sind auf 46 975 Millionen, die Ausgaben auf 47 572 Millionen Franken festgelegt worden, so daß ein Fehlbetrag von 587 Millionen verbleibt.

Die Siegerin

Roman von J. Schneider-Foerstl
URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

„Das ist sehr löblich“, beschied er Sarkastisch. „Es macht aber die seine nicht weit, denn sie wiegt doppelt, weil er mein Freund ist. — Schließlich ist das eine Sade, die zwischen Männern ausgetragen wird. Du brauchst dich also nicht weiter zu erregen.“
Sie war am Ende aller Kraft und jeglicher Ueberlegung: „Ich habe ihn nur um Auskunft gebeten — mit wem du in Konstanz lebst!“
Jörg erwiderte lakonisch: „Du scheinst mich ja für ein ganz gewöhnliches Subjekt zu halten. Auf einer Stufe mit Heiratsschwindlern und dergleichen. Sehr schmeichelhaft zu wissen, wie du von mir denkst. — Aber deshalb hättest du wahrhaftig nicht Dehmes Dienste in Anspruch zu nehmen brauchen. Es gibt in Konstanz eine Menge Detektivbüros. Ich würde dir Achell und Reichler empfehlen. Sie haben die besten Detektive.“
Ohne darauf zu achten, daß sie mit einem Aufschludzen das Gesicht gegen die Kante des Tisches fallen ließ, ging er nach der Tür, pffiff draußen den Hunden und verließ das Haus.
Der alte Merlin sah eine Weile reglos, dann, als sie aufschnekte, um ebenfalls das Zimmer zu verlassen, sagte er gütig: „Weißt du, Stephanie! Wenn dein Blut abgeföhlt ist, kommt er wieder. Morgen ist alles anders. Aber du mußt keine Sorge haben. Er betrügt dich nicht. Geh, schlaf dich froh, Kind! Es ist schade um jede Stunde, die man sich überflüssige Sorgen macht. Es kommen andere noch genug, die tiefer greifen.“
Stephanie aber dachte, es könne keine schwerer sein, als die sie jetzt hatte. Erst gegen drei Uhr früh hörte sie den Schritt des Gatten draußen auf dem knirschenden Schnee. Einer der Hunde bellte und wurde mit kurzem

Schulgemeinde anstelle des Elternbeitrags

Ein Erlass des Reichserziehungsministers Ruft

Berlin, 31. Okt. Das Verhältnis zwischen Elternschaft, Schule und Hitlerjugend, soweit deren Angehörige Schüler sind, wird jetzt durch einen Erlass des Reichserziehungsministers Ruft von Grund auf neu geregelt. Der Erlass befaßt sich mit der Einrichtung der Elternbeiträge an den öffentlichen Schulen, die bekanntlich aus den Anschauungen des Liberalismus entstanden und nationalsozialistischen Gedankengängen nicht entspricht. Die nationalsozialistische Auffassung fordert auch hier anstelle der früheren Interessenvetretung: Dienst und Verantwortung.

Nach diesen neuen Gedanken wird daher anstelle des Elternbeitrags die „Schulgemeinde“ eingeführt, die sich aus sämtlichen Lehrern der Schule, aus den Eltern der Schüler und aus Beauftragten der HJ zusammensetzt.

Führer der Schulgemeinde ist der jeweilige Schulleiter. Er beruft zu seiner Unterstützung in der Schulgemeinde — je nach der Größe der Anstalt — zwei bis fünf „Jugendwälder“ aus den Kreisen der Eltern und Lehrer. Im Einvernehmen mit dem zuständigen Gebietsführer der Hitlerjugend wird in diesen Kreis der „Jugendwälder“ auch ein HJ-Führer entsandt.

In dem Erlass heißt es u. a.: Wenngleich Elternhaus, Schule und Hitlerjugend, jedes für sich, auch besondere Erziehungsaufgaben in eigener Verantwortlichkeit haben, so tragen doch alle gemeinsam die Verantwortung für das Gelingen des Gesamtwerkes der Erziehung, also auch für die Einrichtungen erzieherischer Art, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt sind. Alles Mühen um das erzieherische Wollen in den verschiedenen Gruppen der Erzieher erfüllt seinen Sinn doch nur dann, wenn es sich bewußt wird, daß es nur Teilschaffen im Gesamtjugenderziehungsplan des Staates ist.

Aus dieser Begründung heraus hat auch der Reichsjugendführer der NSDAP, seine Zustimmung für die Entsendung von HJ-Führern bzw. BdM-Führerinnen in den Kreis der Jugendwälder gegeben.

In den dem Erlass beigegebenen Richtlinien werden die Aufgaben der Schulgemeinde in folgendermaßen umrissen:

Die Erziehungsziele des neuen Staates sind darzustellen und dem Verständnis der Allgemeinheit zu erschließen. Hier sind staatliche Familienfürsorge, Kasernen, Erbsche, Erbsche, Körperkultur, Arbeitsdienst und Jugendbund zu behandeln! Die freiwillige Mithilfe bei der Verbesserung von Schuleinrichtungen ist zu fördern. Durch Veranstaltungen, wie Vortrags- und Lichtbildabende, Schulausstellungen, Sportfeste, Schul- und Volksfeste, Wandertagen ist die Gemeinschaft aller Erziehungsbeteiligten zu pflegen. Erziehungstündliche Fragen sollen in der Schulgemeinde besprochen und mit Verständnis nahegebracht werden. Dabei ist kein Tätigkeitsfeld ausgeschlossen, das dem Gedeihen der völkischen Erziehung in Haus, Schule und Jugendbund dienen kann. Die Jugendwälder werden zu Schuljahresbeginn auf ein Jahr bestellt. Vor ihrer Berufung wird der zuständige Ortsgruppenleiter der NSDAP, gehört.

Landesverräter erhalten die Todesstrafe

Berlin, 31. Okt. Die Justizpressestelle teilt mit: Vor dem 3. Senat des Volksgerichts hatten sich in letzter Zeit wiederholt Angeklagte zu verantworten gehabt, denen Landesverrat zuankuhlen auswärtiger Mächte zur Last gelegt war. Da es sich bei landesverräterischen Straftaten um die schwersten und verabscheuungswürdigsten Angriffe gegen den Bestand des Staates und des Gesamtlebens der Nation handelt, sind in allen diesen Fällen vom Volksgerichtshof harte Strafen verhängt worden. Mehrere Angeklagte sind zum Tode verurteilt, in anderen Fällen sind Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verhängt worden. Nur in zwei besonders milde gelagerten Fällen sind Angeklagte mit Gefängnisstrafen davonkommen. Herabzusetzen ist aber, daß alle diese Urteile noch unter Anwendung der alten Gesetzesvorschriften ergangen sind, da sämtliche Strafen vor dem Volksgerichtshof zur Aburteilung gelangenden Straftaten des Landesverrats vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 ergangen sind. Dieses Gesetz sieht bekanntlich bei Landesverrat grundsätzlich nur die Todesstrafe vor. Es ist seit dem 2. Mai 1934 in Geltung. Seit dieser Zeit wird sich daher jeder Deutsche, der sein Vaterland verrät und sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft stellt, dessen bewußt sein müssen, daß er in dieser Volksgemeinschaft nicht weiter geduldet werden kann und durch seine Tat seinen Kopf vermischt hat. Nur ein solches schouungslozes Vorgehen gegen Landesverräter entspricht auch nationalsozialistischer Rechtsauffassung und dem gesunden Volksempfinden.

Abonniert das „Durlacher Sagenblatt“

Bitte zurückgewiesen. Die lawere Wiederrufung ist unklar ins Schloß.

Langsam, als trage er eine ungeheure Müdigkeit in den Füssen, kam er die Treppe herauf, machte an ihrem Zimmer halt und ging dann weiter. Seine schnappte die Tür auf der anderen Seite des Korridors ein.

Am Morgen horchte sie an seiner Tür, und als sich nichts regte, trat sie ein. Das Zimmer war leer. Die Unordnung, die ihr sofort in die Augen fiel, war durch einen Wust von Zeitungen, Zeitschriften und Heften, die auf Stühlen, Bett und Divan ausgebreitet lagen, hervorgerufen. Hans-Jörg mochte wohl den Rest der Nacht gelesen haben.
Sie laufte nach dem Klur und nahm dann einige Blätter zur Hand. Es waren lauter Fachzeitschriften. Auch von Hans-Jörg waren Artikel und Aufsätze dabei. Als begeh sie etwas Verwerfliches, raffte sie ein halbes Duzend Zeitungen rasch zusammen und trug sie auf ihr Zimmer. Sie wollte eine Stunde abwarten, wo sie mit Ruhe darin lesen konnte.
Als sie nach dem Speisezimmer hinunterging, um zu frühstücken, traf sie auf dem ersten Treppenschritt mit ihrem Mann zusammen. Es schien, als sei die vergangene Nacht vollständig aus seinem Gedächtnis ausgelöscht. Er küßte sie, erkundigte sich nach ihrem Befinden und schlug vor, am Nachmittag nach der Stadt zu fahren.
Sie hätte sehr sein können und war es nicht. Das Wissen um jenen Brief ertöte alle Freunde im Keim. Vielleicht wäre es besser gewesen, ihm bei der gestrigen Auseinandersetzung das Schriftstück einfach auf den Tisch zu legen und zu sagen: „Hier, sieh selbst deine geheimsten Gedanken!“ Aber sie hatte sich der Schande der Spionage und des Diebstahls nicht weihen wollen. Und er hatte das Fehlen des Schreibens wohl noch gar nicht bemerkt.
Als sie gemeinsam das Speisezimmer betraten, erwartete sie schon der alte Baron mit tiefen, sorgenvollen Augen. Das Frühstück verlief ohne jeden Zwischenfall. — Bei den Harrads, zu denen man um elf geladen war, herrschte wie gewöhnlich fröhliches Leben und Treiben.

Rechtsbetreuung des Volkes

1. 100 Anwälte arbeiten mit — Ueber 1000 NS-Rechtsbetreuungsstellen — 750 000 Auskünfte erteilt

NSA. Das im August 1934 von Hamburg nach München verlegte Amt der Rechtsabteilung — NS für Rechtsbetreuung des deutschen Volkes — teilt mit:

Die Organisation der NS-Rechtsbetreuung des deutschen Volkes kann als durchgeführt und abgeschlossen bezeichnet werden. Bis zum 1. Oktober 1934 waren 1004 NS-Rechtsbetreuungsstellen eingerichtet und in Tätigkeit. In aller nächster Zeit werden weitere 200 bis 250 NS-Rechtsbetreuungsstellen eingerichtet und eröffnet werden. Nach den vorliegenden Berichten widelt sich die Tätigkeit in den einzelnen NS-Rechtsbetreuungsstellen des Reichs des ordnungsmäßig und reibungslos ab. Die Diensträume der NS-Rechtsbetreuungsstellen befinden sich zum überwiegenden Teil in den Gebäuden der staatlichen Gerichte (Amtsgerichte). Nur in denjenigen Amtsgerichtsbezirken, in denen weniger als drei Rechtsanwälte zugelassen sind, findet die Rechtsbetreuung in den Kanzleien der einzelnen Anwälte statt.

In den Großstädten und in den größeren Städten werden täglich Sprechstunden abgehalten; in den kleineren Städten finden Sprechstunden mehrmals in der Woche statt, in den kleinen und ländlichen Bezirken je nach Bedarf.

Die dem Amt für Rechtsbetreuung vorliegenden Berichte lassen durchweg erkennen, daß die Einrichtung der NS-Rechtsbetreuungsstellen von den deutschen Volksgenossen aller Stände dankbar begrüßt worden ist.

Während früher nur im Rahmen der Wahlfahrtspflege und nur von einer Anzahl von Stadtgemeinden eine sogenannte gemeinnützige Rechtsauskunft erteilt wurde, erstreckt sich die von der nationalsozialistischen Bewegung geschaffene, nach einheitlichen Grundzügen durchgeführte und straffgegliederte ehrenamtliche Rechtsbetreuung über das gesamte Reichsgebiet und ist bereits heute — nach kaum halbjährigem Bestehen — zu einer mächtvollen, wirksamen und unentbehrlichen Einrichtung geworden.

Als Beispiele werden nachstehend aus dem umfangreichen statistischen Material, das bis zum 10. Oktober 1934 dem Amt für Rechtsbetreuung zugeleitet worden ist, einige Zahlen veröffentlicht: Die Zahl der im laufenden Jahre bis Ende September erteilten Rechtsauskünfte betrug im Gau Düsseldorf 12 973, Hamburg 7353, Heßen-Nassau 17 316, Köln-Aachen 13 524, im Gau Westfalen-Nord 6013, Südhannover-Braunschweig 3334, Danzig 776, Schleswig-Holstein 3906, Schwaben 1000, Groß-Berlin über 120 000. Die Gesamtzahl der im ersten Halbjahr seit Einrichtung der NS-Rechtsbetreuung erteilten Rechtsberatungen beläuft sich nach vorläufiger Schätzung auf 700—800 000.

Viele Tausende von Rechtsangelegenheiten, die durch mündliche Raterteilung nicht erledigt werden konnten, wurden einem der etwa 15 000 in der NS-Rechtsbetreuung tätigen deutschen Anwälte (Mitglieder der Reichsjudengruppe Rechtsanwälte des NSDAP) zur ehrenamtlich-unentgeltlichen Weiterführung vor den Gerichten überwiesen.

Reichsminister Dr. Goebbels spricht zur HJ

Die Berlin, 31. Okt. Reichsminister Dr. Goebbels spricht am Donnerstag, den 1. November, nachmittags von 18.05 bis 18.25 Uhr zur Hitlerjugend. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen. Sie wird von Hören der HJ, umrahmt. Für die HJ ist im ganzen Reich Gemeinschaftsempfang angeordnet.

SA-Gruppenführerappell in Berlin

Die Berlin, 31. Okt. Die NSA, berichtet: Am Mittwoch nachmittag begann in Berlin in Anwesenheit des Führers ein Gruppenführerappell der SA, der am Donnerstag seine Fortsetzung finden wird.

Der Chef des Stabes, Luhe, begrüßte den Führer und brachte in seiner einleitenden Ansprache zum Ausdruck, daß die Erfüllung des Appells durch den Führer ein Symbol dafür sei, daß das Wort des Führers Befehl für die SA sei, daß die SA nur einen Führer kenne und allein in seinem Geiste arbeite.

Der Führer umriß dann in klaren und eindringlichen Ausführungen das große und verantwortungsvolle Aufgabengebiet der SA im Rahmen der umfassenden nationalsozialistischen Erziehungsarbeit am deutschen Volke.

Die zum Appell in Berlin versammelten SA-Gruppenführer waren am Abend Gäste des Führers in der Reichskanzlei.

Ein Viertel der Verwandtschaft war stets am jetzenden Besuch. Man wußte, daß man dort niemandem im Wege war.

Hans-Jörg zeigte sich von seiner besten Seite, balgte sich mit den kleinen Buben und stand den jungen Vettern Rede und Antwort über seine neuesten Erfindungen.

„Apropos“, sagte Harrach zu Stephanie, die eben in den Musiksalon treten wollte, „ich hätte ein Wort mit dir zu sprechen.“ Sie folgte ihm nach dem weitläufigen Erker, der eine wundervolle Sicht über die Ebene gewährte und blickte ihn fragend an. „Er schien noch zu überlegen: „Möchtest du ein gutes Werk tun?“ „Gern, wenn es sich machen läßt.“ „Es läßt sich machen, Steffie. Ich habe da nämlich einen Reittisch, der sich — ins Verhör genommen — als ehemaliger Offizier entpuppte. Tadellose Pufferstube! Familie einwandfrei, aber arm. Er paßt mir nicht recht ins Terrain, wenn ich so sagen darf.“

Sie nickte. „Warum nicht, Dufel?“ „hm — — —“ „Schließlich hast du ja ein Recht, das zu fragen. Aber wenn du mir die Antwort erläßt, bin ich dir sehr verbunden.“

Ein Lächeln stand um ihren Mund. Sie begriff ohne weiteres. Seine beiden Enkelkinder waren erst vierzehn und sechzehn Jahre. „Den soll ich also nach Neuhausen nehmen?“ sagte sie und ließ den Blick über die verschneite Landschaft draußen gleiten.
„Ja, Steffie! Wenigstens vorläufig.“
Sie ließ in angestrengtem Stutzen die Augen durch das große Gesellschaftszimmer wandern, wo Rachen und Stimmungswirbel aus allen Ecken scholl. Aber sie vermochte nicht zu entdecken, den sie wollte. „Möchtest du mir Papa für einen Augenblick herbeibringen, Dufel?“ „Sofort!“

Der alte Merlin sah nebenan im Musiksalon und kam sofort mit ihm. Stephanie nahm ein blondes Haar, das von einer Umarmung der Harrachskinder stammte, mochte, von seinem Armel und sagte zögernd: „Tadel möchte gerne einen abgehauten Offizier bei uns unterbringen. Haben wir Platz und Bedarf, Papa?“

(Fortsetzung folgt.)